

## **Antrag**

**der Abgeordneten Florian Toncar, Burkhardt Müller-Sönksen, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Jörg Rohde, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**

### **Für die Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eines der berüchtigtsten Unterdrückungsinstrumente eines totalitären Staates gegen seine eigene Bevölkerung in der Geschichte war das sowjetische Gulag-System von Straf- und Verbannungslagern, welches in der Stalinzeit seinen schrecklichen Höhepunkt erreichte. Im Westen erlangten die Gräueltaten, die in diesen Lagern begangen wurden, insbesondere durch das Werk „Der Archipel Gulag“ des Literatur-Nobelpreisträgers Alexander Solzhenizyn Bekanntheit.

Während das sowjetische Gulag-System der Vergangenheit angehört, besteht in der Volksrepublik China ein ähnliches Unterdrückungsinstrument fort. Dort werden politische Dissidenten, Angehörige ethnischer Minderheiten wie Tibeter, Mongolen und Uiguren sowie Angehörige anderer Religionen mit Ausnahme der Staatsreligion – insbesondere auch Falun-Gong-Anhänger – mit dem so genannten Laogai-System drangsaliert. In über 1 000 Gefängnissen, Arbeitslagern und angeblichen psychiatrischen Kliniken, die ihren Ursprung in der Mao-Zeit haben, werden Andersdenkende ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert und „politisch umerzogen“, um sie mit den Ansichten des Pekinger Regimes auf eine Linie zu bringen. Neben dieser politischen Gehirnwäsche werden die Gefangenen zu harter unentgeltlicher Zwangsarbeit gezwungen, bis zu 16 Stunden täglich, 7 Tage die Woche, bei nur 3 bis 4 Feiertagen im Jahr. Die Arbeit wird von den rund 3 Millionen Häftlingen, zu denen auch Minderjährige zählen, in Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Minen verrichtet. Neben dem Verstoß gegen das Verbot der Zwangsarbeit kommt es dabei auch systematisch zum Verstoß gegen das Verbot der Kinderarbeit. Die Haft- und Arbeitsbedingungen sind dramatisch. Häftlinge werden zum Umgang mit toxischen Chemikalien ohne Schutzbekleidung oder zur Arbeit in mit Asbest verseuchten Minen gezwungen, in denen die Sicherheitsvorkehrungen unzureichend sind. In den Lagern existiert keinerlei Arbeitsschutz.

Ferner wird den Häftlingen durch Folter unterschiedlichster Art zugesetzt. Der Tod von Häftlingen infolge von Unterernährung, Überarbeitung, Erschöpfung und Folter wird billigend in Kauf genommen. Zudem herrscht eine hohe Selbstmordrate unter den Häftlingen.

Zahlreiche im Ausland lebende ehemalige Laogai-Häftlinge versuchen immer wieder, im Westen über die Zustände in diesen Lagern aufzuklären (z. B. Laogai Research Foundation: [www.laogai.org](http://www.laogai.org)). Auch der UN-Sonderberichterstatter für die Folter, Prof. Manfred Nowak, wies nach seiner China-Reise in seinem Bericht vom Dezember 2005 auf die menschenunwürdigen Haftbedingungen in chinesischen Gefängnissen hin.

Die in den Laogai-Lagern begangenen Repressalien sind so gut dokumentiert, dass der US-Kongress am 16. Dezember 2005 mit 413 zu 1 Stimmen eine Resolution (H. Con. Res. 294) verabschiedete, die die unmenschlichen Lager-Zustände verurteilt. Auch wenn Deutschland an konstruktiven Beziehungen mit der Volksrepublik China interessiert ist, darf die Bundesregierung zu den Zuständen in den Laogai-Lagern nicht schweigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Zustände in den Laogai-Lagern öffentlich zu verurteilen, die Volksrepublik China zur Schließung der Einrichtungen aufzufordern und das Laogai-System im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs zur Sprache zu bringen;
2. sich auch auf europäischer Ebene für eine Verurteilung des Laogai-Systems einzusetzen;
3. die Regierung der Volksrepublik China um die Freigabe von Informationen über das Laogai-System zu ersuchen einschließlich der Zahl der Lager, deren genauer Lage und der Zahl der dort inhaftierten Personen;
4. die Regierung der Volksrepublik China um Informationen über die in den Laogai-Lagern hergestellten Produkte, die zugehörigen Produktbezeichnungen sowie über deren Exportländer zu ersuchen;
5. in Zusammenarbeit mit geeigneten Multiplikatoren (beispielsweise den Außenhandelskammern) deutsche Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie mit chinesischen Geschäftspartnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Einrichtungen verbergen;
6. sich in Zusammenarbeit mit geeigneten Einrichtungen der Privatwirtschaft für die Schaffung eines freiwilligen Gütesiegels für jene chinesischen Produkte einzusetzen, welche keine in Laogai-Lagern hergestellten Komponenten enthalten;
7. die Regierung der Volksrepublik China um die Freigabe von Informationen über die Zahl der Todesfälle in den Laogai-Lagern zu ersuchen;
8. die Regierung der Volksrepublik China dazu zu drängen, uneingeschränkt Besuche von internationalen Menschenrechtsinspektoren einschließlich Inspektoren der Vereinten Nationen und Mitarbeitern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in allen Laogai-Lagern zuzulassen.

Berlin, den 7. März 2006

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**